

DIE ZEIT

50/2002

CHANCEN

Bildung hat ihren Preis

Wer studiert, investiert in die persönliche Zukunft – Plädoyer für einen sozialverträglichen Umbau der Hochschulfinanzierung

Wolfgang A. Herrmann

Schon heute fehlen den deutschen Hochschulen rund drei bis vier Milliarden Euro, davon mindestens eine Milliarde für die Lehre. Betreute 1975 an den Universitäten ein Wissenschaftler 13 Studierende, so muss er heute 24 anleiten. Aus heutiger Sicht wächst die Zahl der Studenten in Deutschland im Zeitraum 1995 bis 2010 von 1,8 auf 2,1 Millionen. Jedes Jahr müssten also eine Universität mittlerer Größe und etliche Fachhochschulen entstehen. Immer offensichtlicher werden die Mängel des staatlich gelenkten Hochschulwesens und einer Politik, die diese Mängel zwar erkennt, aber nicht behebt.

Glücklicherweise bewegt sich etwas – viele Universitäten suchen eigene Wege, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen: Sie geben sich Verfassungen auf der Basis von Gewaltenteilung und Subsidiarität, erproben leistungs- und belastungsbezogene Methoden der Hochschulbewirtschaftung („akademisches Controlling“), lösen die Buchführung nach Behördenart ab durch kaufmännisches Rechnungswesen, sie knüpfen Alumni-Netzwerke, starten professionelle Fundraising-Kampagnen und gründen ausländische Dependancen mit internationalem Lehrangebot. Vor allem aber: Zunehmend wählen Universitäten jene Studenten aus, deren Talente zum Studienangebot passen. Auswahl und Beratung drücken Respekt vor dem Studienbewerber aus, der sich endlich wahrgenommen fühlt – mit seinen Stärken und Schwächen. Auswahl als Prinzip der Ehrlichkeit. Die Universitäten beginnen unternehmerisch und handlungsfähig zu werden. Sie haben erkannt, dass sie als nachgeordnete Behörden der Kultusbürokratie die internationale Spitzenstellung verfehlen müssen.

In dieser Aufbruchstimmung sollte die Politik den Aktionsradius für eine Hochschulentwicklung nach internationalen Standards erweitern statt einengen. Eine solche Einengung mit dramatischen Folgen ist das kategorische Verbot von Studiengebühren, wie es der Deutsche Bundestag gegen die Mehrheit der Länder jüngst beschlossen hat. Es behindert die Entwicklung einer Studienfinanzierung, die leistungsfördernd und sozial gerecht ist. Das verabschiedete Hochschulrahmengesetz ist ein Denk- und Handlungsverbot an die Länder und stranguliert den neuen Reformgeist der Hochschulen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Alle haben bei entsprechender Befähigung ein Recht auf Hochschulbildung – unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen. Jedoch hat Hochschulbildung ihren Preis, und sie ist kein allgemeines Konsumgut, sondern vielmehr eine Investition in die persönliche Zukunft. Der Sachverständigenrat Bildung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung sieht die Gebührenpflicht und Gebührenfreiheit von Bildung in Deutschland – Kindergartenplätze zum Beispiel kosten etwas, das Studium nichts – „in einem ganz unsystematischen Verhältnis“ zueinander stehen. Die Steuerungseffekte und Verteilungswirkungen seien höchst unbefriedigend. Die heutige Bildungsfinanzierung über das allgemeine Steueraufkommen verletze das sozialstaatliche Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit.

Die Ungerechtigkeit der heute praktizierten Studienfinanzierung belegt auch die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks: 72 Prozent der Kinder aus vermögenden Familien erlangen einen Studienabschluss, aus einkommensschwachen Schichten sind es nur 8 Prozent. Nur 12 Prozent der Arbeiterkinder studieren an der Hochschule. Während der selbstständige Maurer seine Existenzgrundlage erwirtschaften muss, wird sie dem Akademiker durch ein Studium aus der öffentlichen Kasse finanziert. Die Einkommensbesteuerung kompensiert diese Vorteile nicht annähernd. Wer „die Welt mit der Hand begreift“ (Roman Herzog), gilt in unserem Bildungswesen offenbar weniger als der akademische Kopfarbeiter. Der Facharbeiter fördert mit der Lohnsteuer nicht das Studium seiner Kinder, sondern das der Kinder seines Chefs.

Strafgebühren sind sinnlos

Über die Höhe der öffentlichen Aufwendungen für Hochschulbildung lässt sich streiten. Einig sind sich die meisten Ökonomen indes, dass der Studienfinanzierung Anreiz- und Steuerungsmechanismen bislang fehlen und dass Studienbeiträge den Lehrenden und Lernenden mehr Leistungsanreize geben würden. Das Problem besteht im Kern darin, dass Anbieter, Nutzer und Zahler der Hochschulbildung bisher voneinander entkoppelt sind. Sie fühlen sich deshalb gegenseitig wenig verpflichtet. Das hat auch die öffentliche Meinung erkannt: Je nach Umfrage sind 62 bis 70 Prozent der Deutschen für sozialverträgliche Studiengebühren.

Spätestens die leeren Staatskassen zwingen zum Umdenken. Trotz aller Anstrengungen von Bund und Ländern ist die Hochschulfinanzierung schon deshalb rückläufig, weil weder die Inflationsdefizite noch die Tarifentwicklung der Personalkosten ausgeglichen werden. Der aufgestaute Erhaltungsaufwand der Hochschulbauten ist dramatisch. Umso verhängnisvoller ist die Illusion, die Entwicklung einer gebildeten Gesellschaft allein auf das Wachsen öffentlicher Bildungsausgaben gründen zu wollen. Die Verquickung von Staatsangebot und Staatsfinanzierung hat nicht nur zu gewaltigen Fehlallokationen der Finanzmittel geführt, sie hat auch intelligente Modelle der Studienfinanzierung unnötig erscheinen lassen. Die vielen privaten Finanzierungsquellen, die in unserem reichen Land verborgen sind, bleiben dadurch unerschlossen.

Es ist an der Zeit, integrierte Darlehens- und Studienbeitragsmodelle zu erproben. So würden die Studierenden von passiven Empfängern zu aktiven Kunden werden. Die Hochschule müsste als Gegenleistung Standards garantieren, etwa definierte Betreuungsverhältnisse in Seminaren, schnelle Korrektur von Klausuren, begleitende Studienberatung, studienförderndes Jobsystem. So würde sich ein Bewusstsein von Leistung und Gegenleistung herausbilden. Wollten es sich gute Universitäten künftig leisten, ihren erfolglosen Absolventen Studienbeiträge zurückzuerstatten, so wäre allein zur Minimierung des ökonomischen Risikos eine sorgfältige Eignungsfeststellung der Studienbewerber nötig. Der Wettbewerb beginnt mit der Auswahl: Wenn Angebot und Nachfrage zusammenpassen, ist der erste Schritt zum Studienerfolg gesetzt.

Oft wird entgegnet, dass Kostenbeiträge vom Hochschulstudium abschrecken. Dies ist eine ungeprüfte Annahme. Anderenorts hat sie sich als falsch erwiesen. In England ist die Studentenzahl nicht gesunken, nachdem die Labour-Regierung Studiengebühren eingeführt hatte. In Australien, wo es seit Ende der achtziger Jahre Studiengebühren gibt, trägt sich der „umgekehrte Generationenvertrag“ selbst – berufstätige Absolventen zahlen für Studenten. Diese Art von Solidargemeinschaft als neues Prinzip würde auch der deutschen Universität gut tun. Es ist nicht zu befürchten, dass Arbeiterkinder durch Studiengebühren vom Studium und damit vom sozialen Aufstieg abgehalten werden. Wie die Pisa-Studie jüngst bestätigt hat, erfolgt die soziale Selektion in Deutschland nicht erst beim Übergang zur Hochschule, sondern viel früher: beim Übergang von der Grundschule zum Gymnasium. Es ist bemerkenswert, dass manche OECD-Länder mit Studiengebührentradition wesentlich höhere Bildungsbeteiligungen aus unteren Einkommenschichten haben als Deutschland.

Auch an deutschen Privathochschulen ist trotz kräftiger Gebühren die Sozialstruktur nicht ungünstiger als an öffentlichen Hochschulen. Freilich müssen Kostenbeiträge so angelegt sein, das Studienangebot zu verbessern und zu differenzieren. So reizte etwa ein Einheitsbeitrag

lediglich zur Verkürzung des Studiums, nicht aber zu einem intensiveren Lernerfolg. Je nach Aufwand wird es billige und teure Studiengänge geben, so wie auch die Einkommen in den verschiedenen Berufen unterschiedlich sind. Sinnvoll erscheinen Studienentgelte, die aus einem nutzungsunabhängigen Semesterbeitrag bestehen (etwa zur Verbesserung der Universitätsbibliothek) und aus Kostenbeiträgen für besondere studienfachspezifische Leistungen.

Sinnlos, weil nicht effizient sind „Strafgebühren“ für Langzeitstudierende: Die Hochschulen haben keinen Anreiz, durch gut organisierte Lehrveranstaltungen kurze Studienzeiten zu erreichen. Dieses Beispiel gehört zu den bildungspolitischen Halbherzigkeiten neueren Datums. Studiengebühren ohne vereinbarte Gegenleistung laufen ins Leere. Weiterhin werden die Studenten über schlechte Lehre klagen, weiterhin ohne Konsequenz. Nicht Strafen, sondern Steuerungsgrößen erzeugen Mehrwert!

Nicht den billigen Jakob spielen

Leider ist an der Gebührenfreiheit auch die Internationalisierung weitgehend gescheitert. Wie sollten hoffnungslos überlastete Universitäten wettbewerbsfähige Studienangebote für ein anspruchsvolles internationales Publikum anbieten? Wie sollte eine Studienbetreuung leistbar sein, die sich mit den Standards weltweiter Spitzenplätze messen kann? Unentgeltlichkeit ist verdächtig unverbindlich. Alle Welt versteht das, nur wir trauen uns diese Einsicht nicht zu. Statt den billigen Jakob zu spielen, müssen wir Leistung bringen, die dann gerne ihren Preis hat. Das macht uns Australien vor: Seit 1989 Studiengebühren eingeführt wurden, ist der Zustrom ausländischer Studierender von 8500 auf rund 70000 gestiegen, verbunden mit einem Nettozufluss von umgerechnet mehr als 700 Millionen Euro jährlich als „volkswirtschaftlichem Rücklauf“ aus der Erschließung der „Bildungsmärkte“ im pazifischen Raum.

Wir sollten es als historische Chance begreifen, dass der Staat endgültig überfordert ist, umfassend für die Zukunft der jungen Generation zu sorgen. Dafür muss jedoch die ideologische Fessel von der Sozialchimäre der Gebührenfreiheit gesprengt werden. Gelingt dies nicht, werden die begabtesten Studenten ins Ausland abwandern. Abwanderung aber ist die anarchische Form der Elitebildung und eine ernste Bedrohung für eine offene Gesellschaft, deren Zukunft mit dem Rohstoff Geist steht und fällt.

Der Autor ist seit 1995 Präsident der Technischen Universität München

[Debatte] Wie sollen Studium und Hochschule finanziert werden? Diskutieren Sie im ZEIT-Forum